

LANDTAG
NORDRHEIN-WESTFALEN
18 WAHLPERIODE

STELLUNGNAHME
18/1171

A01

Kreis Steinfurt | Der Landrat

Tecklenburger Str. 10
48565 Steinfurt
Tel. 02551 69-0

www.kreis-steinfurt.de



Kreis Steinfurt | Tecklenburger Str. 10 | 48565 Steinfurt

Präsident des Landtages
Landtag Nordrhein-Westfalen

40002 Düsseldorf

Dezernat II

Tilman Fuchs

Raum 1014
Tel. 0 25 51 69-2180

tilman.fuchs@kreis-steinfurt.de

Mein Zeichen DEZ2.

Date

**Anhörung des Ausschusses für Arbeit, Gesundheit und Soziales
am 17. Januar 2024
hier: Stellungnahme Kreis Steinfurt, Tilman Fuchs**

Guten Tag meine Damen und Herren,

mit der Anlage erhalten Sie die Stellungnahme zur Anhörung des Ausschusses für Arbeit, Gesundheit und Soziales zum Antrag „HPV-Impfungen fördern – freiwillige Schulimpfungen einführen!“.

Für die Möglichkeit der Stellungnahme aus kommunaler Sicht bedanke ich mich recht herzlich.

Freundliche Grüße

im Auftrag

gez.
Fuchs

Kreissparkasse Steinfurt | IBAN
DE06 4035 1060 0000 0003 31
BIC WELADED1STF

Volksbank Münsterland Nord eG | IBAN
DE74 4036 1906 4340 3002 00
BIC GENODEM1IBB

Steuernummer
311 / 5873 / 0032 FA ST

USt-IdNummer
DE 124 375 892

Stellungnahme zum Antrag „HPV-Impfungen fördern – freiwillige Schulimpfungen einführen!“

Aus Sicht des Kreises Steinfurt unter Berücksichtigung sowohl der Einschätzung der öffentlichen Gesundheitshilfe, als auch der Einschätzung im Rahmen der Aufgaben als Schulträger sind folgende Aspekte zum Antragsinhalt zu berücksichtigen:

- Die im Antrag beschriebene Zielsetzung, die Impfquote gegen Humane Papillomviren (HPV) zu steigern, wird uneingeschränkt geteilt.
- Die Impfaufklärung und Steigerung der Impfmotivation sind dabei wesentliche Faktoren. Hier ist vor allem in Bezug auf die Aufklärung festzustellen, dass die Möglichkeit einer HPV-Infektion bei Jungen/Männern nicht ausreichend bekannt zu sein scheint. Aber auch die allgemeine Aufklärung und Gesundheitsbildung auch gerade zum Thema HPV-Infektion ist zu verstärken.
- Eine Möglichkeit der erweiterten Aufklärung bietet sich sicherlich im Biologie- und Sexualkundeunterricht der allgemeinbildenden Schulen und würde hier neben weiteren Kampagnen eine breite Wirkung entfalten.
- Ein landesweit koordiniertes Programm freiwilliger HPV-Impfungen an Schulen in Nordrhein-Westfalen wird aus Sicht des Kreises Steinfurt abgelehnt. Die Schule wird nicht als geeigneter Ort für so ein Programm angesehen. Aufgrund der vielen Anforderungen, die sich an Schulen stellen, würde dies – auch bei umfangreicher Unterstützung von Kooperationspartnerinnen und –partnern – einen weiteren Belastungsfaktor für das System darstellen. Auch die Erfahrungen mit dem Thema „Impfen und Impfpflicht“ im schulischen Kontext, lässt erwarten, dass hier Debatten abweichend vom eigentlichen Ansinnen geführt werden, die dem Thema eher abträglich sind.
- Ein landesweit koordiniertes Programm, dies primär über den niedergelassenen ärztlichen Bereich, ggfs. subsidiär unterstützt durch den öffentlichen Gesundheitsdienst, wäre hier aus Sicht des Kreises Steinfurt zielführender.